



Attraktivität von Polizei und Justiz erhöhen

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen



Attraktivität des Berufsbildes Polizeivollzugsbeamt*in, was soll man bloß darunter verstehen? Machen gute Bezahlung, schicke Arbeitszeiten, ausreichende Zulagen für unsoziale Arbeitszeiten oder gute Ausrüstung/Ausstattung einen Beruf attraktiv? Ja genau, dass ist es. Eine gesunde Mischung aus all diesen Aspekten macht meiner Meinung nach im Zusammenwirken mit einem mitarbeiterorientierten Führungsstil und einem kollegialen und verständnisvollen Verhältnis aller Beschäftigten zueinander einen attraktiven Beruf aus.

Was kann eine Gewerkschaft für ihre Mitglieder tun, um diese Mischung in ein möglichst optimales Verhältnis zu bringen? Ich meine, alles. Genau aus diesem Grund forderte die GdP Thüringen in ihrer Info 5/2019 die Anhebung des Eingangsamtes für den mittleren Vollzugsdienst von derzeit A 7 auf A 8 und für den mittleren Verwaltungsdienst die Anhebung des Eingangsamtes von A 6 auf A 7. Die erwartete und von mir durchaus mit Verständnis verse-

hene Empörung derjenigen, die 12, 15 oder im Thüringer Justizvollzug auch gerne mal 20 Jahre auf eine Beförderung nach A 8 warten mussten, blieb bislang aus. Dafür bedanke ich mich ehrlich herzlich. Die Einführung eines Eingangsamtes A 8 im mittleren Vollzugsdienst hat aus meiner Sicht nämlich nur Vorteile für die Steigerung der Attraktivität des mittleren Vollzugsdienstes:

1. Es würde für junge Menschen wieder interessant, sich für den mittleren Vollzugsdienst in Polizei und Justiz zu bewerben.

2. Es hätte zur Folge, dass damit jede Beförderung im mittleren Dienst ein Aufstieg nach A 9 wäre.

3. Ist es natürlich denknotwendig, die Stellenobergrenzen fallen zu lassen, um auch tatsächlich Beförderungen nach A 9 m. D. zu ermöglichen.

4. Eine Dienstpostenbündelung ist damit völlig überflüssig, mithin aber eine Bewertung aller Dienstposten mindestens in A 9 notwendig.

Mir ist bewusst, dass „Geld“ alleine nicht glücklich macht, so groß ist der Unterschied des Grundgehaltes zwischen einer A 7 und einer A 8 nach Abzug der Steuern ja nun wirklich nicht und doch ist das Signal zur Anerkennung der anspruchsvollen Arbeit durch eine Anhebung des Eingangsamtes unübersehbar.

Um einen anderen Bereich der Zufriedenheit mit unserem Job zu verbessern, ist es an der Zeit, dass für die Thüringer Polizei und den Thüringer Justizvollzug der Stellenabbaupfad jetzt verlassen wird. Der Präsident des Landesrechnungshofes hat die Landesregierung zwar dafür gerügt, dass sie im Stellenabbauplan „hinterherhinkt“. Was er aber nicht erklärt hat ist, auf welche Weise die Aufgaben, die uns durch Gesetze des Bundes und des Freistaates zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auferlegt sind, umgesetzt werden sollen. Wenn Polizei inzwischen gezwungen ist, Aufgaben im Be-

reich der Verkehrsüberwachung zugunsten der Aufrechterhaltung der Grundversorgung zu „schleifen“ oder Justizvollzugsbeschäftigte nicht mehr allumfänglich in der Lage sind, Gefangenen die Betreuung zukommen zu lassen, die das Thüringer Justizvollzugsgesetz für diese vorsieht, wäre es dann nicht auch Aufgabe des Landesrechnungshofes, den möglicherweise entstandenen volkswirtschaftlichen Schaden zu bewerten?

Wir brauchen endlich die Anzahl an Beschäftigten, die uns ein Arbeiten in allen uns zugewiesenen Bereichen unter bestmöglichen Bedingungen ermöglicht. Damit wäre auch die Gestaltung der Arbeitszeit im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichbar. Deshalb Schluss mit dem Stellenabbau und darum ringen, die Beschäftigtenzahlen zu erreichen die wir brauchen und Ja, da kommt keine Landesregierung um das gefürchtete Wort der Stellenmehrung herum. Die Thüringer Polizei und der Thüringer Justizvollzug sind genau wie die Beschäftigtenzahlen in allen Bereichen der Thüringer Bildungslandschaft in den vergangenen Jahren heruntergewirtschaftet worden. Dass die Folgen daraus nicht von eben auf jetzt vermieden werden können, ist mir bewusst. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Steigerung der Einstellungszahlen im Thüringer Polizeivollzug. Zum Thema Personalansatz im Lehrbetrieb des Bildungszentrums habe ich hier schon mehrfach berichtet.

Die Thüringer Polizei bleibt aber trotz oder wegen alledem eine, die für den Freistaat im Verhältnis zu anderen Polizeien extrem günstig ist. Denn, der Anteil des mittleren Dienstes ist in der Thüringer Polizei während der letzten Jahre wieder angestiegen, darum muss dieser Bereich jetzt attraktiver werden. Für alle!

Bis zum nächsten Monat euer Kai



Soziale Medien und Internet ausbauen

Wir wollen als GdP-Landesverband Thüringen künftig noch stärker in den sozialen Medien präsent sein. Seit einigen Jahren betreiben wir eine Facebook-Seite, einen Instagram-Account und eine Internetpräsenz, um über aktuelle Themen zu berichten. Es ist uns sehr wichtig, mit unseren Mitgliedern und Interessenten im Austausch zu stehen und für deren Sorgen und Nöte immer ein offenes Ohr zu haben. Leider war das bisher nicht in vollem Umfang möglich.

Bisher übernahm in erster Linie unser Landesvorsitzender, Kai Christ neben zahlreichen weiteren Aufgaben die Pflege und Aktualisierung der Seiten. Dieser Bereich soll nun auf Beschluss des geschäftsführenden Landesvorstandes der GdP als eigener Tätigkeitsschwerpunkt Teil der Arbeit der Geschäftsstelle werden. Als neue Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit wird Cornelia Wilhelm ab April das Team ergänzen. Hier ihre Vorstellung:

„Ich bin seit einigen Jahren im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Ich verfüge über Erfahrung

im Online- und Printbereich. Im Anschluss an mein Studium in Wirtschaftswissenschaften möchte ich vor allen Dingen in der Gewerkschaft unterstützen, weil ich denke, dass wir hier als starke Gemeinschaft richtig was bewegen können. Wir wollen uns in den nächsten Jahren zu einer Informationsplattform für Mitglieder entwickeln, und es stehen auch einige multimediale Projekte auf dem Plan. Ihr dürft also gespannt sein.

Vorerst wollen wir aber regelmäßig und zeitnah berichten und unser Qualitätsmanagement ausbauen. Dazu freuen wir uns natürlich auch über Eure Fragen und Anregungen.“

Im Rahmen unserer Internetpräsenz steht ein Veranstaltungskalender auf dem Programm, der rechtzeitig über geplante Aktionen informiert. Und wir laden Euch ein, mit uns in einen Dialog zu treten. Für unsere Mitglieder können wir Probleme schnell auf die Landesebene transportieren und uns für eine rasche Umsetzung starkmachen. Bei Fragen steht Euch das Team der Geschäftsstelle als kompetenter Partner zur Seite. Auch bei Streitigkeiten können



Cornelia Wilhelm

Foto: GS

wir erste Fragen direkt und schnell über unsere zuständige Mitarbeiterin für Rechtsschutzangelegenheiten, Katrin Ziegler-Dudek, in der Landesgeschäftsstelle klären.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Auenstraße 38 a
99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon: (01520) 8862464
E-Mail: edgar.grosse@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2828

GdP GRATULIERT ZUM ...

65. Geburtstag

Rolf Gabriel, KG Bepo	1. 1.
Wilfried Müller, KG Jena	24. 1.
Sigrid Kahl KG, Suhl	1. 2.
Uwe Zeughan, KG Gotha	24. 2.
Alois Kübler, KG Gotha	9. 3.

70. Geburtstag

Michael Zetzmann, KG Gera	2. 1.
Helgo May, KG Suhl	23. 1.
Stefan Rumpf, KG NTH	23. 1.
Helmut Huber, KG LKA	11. 2.
Hartmut Schäfer, KG NTH	16. 2.
Rolf Wilimschyk, KG Gotha	19. 2.
Georg Bergner, KG Gera	3. 3.
Alfred Hiltmann, KG Saalfeld	18. 3.
Hans-Dieter Büttner, KG Suhl	29. 3.

75. Geburtstag

Hartmut Jauch, KG Suhl	16. 1.
Jürgen Sauer, KG Gotha	17. 2.
Werner Gemander, KG Suhl	8. 3.

Horst-Dieter Nüssel, KG Gotha	11. 3.
Klaus Tenner, KG Suhl	12. 3.

81. Geburtstag

Werner Thiede, KG Gera	11. 2.
------------------------	--------

83. Geburtstag

Dorothea Apel, KG NTH	9. 3.
-----------------------	-------

88. Geburtstag

Klaus Niedling, KG Gotha	2. 1.
--------------------------	-------

90. Geburtstag

Konrad Röse KG, Gotha	6. 2.
Harald Heinemann KG Erfurt	10. 3.

Allen Jubilaren/-innen herzlichen Glückwunsch, alles Gute und viel Glück und Gesundheit.

Der Landesvorstand



EINSATZ

ToiKw endlich in Dienst gestellt

Nach zweijährigem Bemühen und einem kontinuierlichen Nachhaken durch die Gewerkschaft der Polizei Thüringen können sich viele Thüringer Polizistinnen und Polizisten freuen. Ende März traf das neue Sanitärfahrzeug auf dem Gelände der Erfurter Bereitschaftspolizei ein. Anfang April wurde es feierlich durch Innenminister Georg Maier (SPD) sowie den Leiter der Bereitschaftspolizei, Polizeidirektor Robert Schmidt, an die Sicherheitsbeamten übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt.

In einem Interview wurden gegenüber Vertretern unterschiedlicher Medien Fragen ausgiebig erläutert.

Zum Fahrzeug:

Das Sanitärfahrzeug ist in erster Linie für den Einsatz auf Großveranstaltungen vorgesehen. Es soll aber auch in Einsatzlagen, in denen es Beamten / -innen nicht möglich ist, den Einsatzort für längere Zeit oder überhaupt nicht zu verlassen, genutzt werden. Bisher musste beispielsweise auf öffentliche oder angemietete Toiletten zurückgegriffen werden. Der Minister betonte, dass er hierbei oft natürlich nicht möglich ist, den Einsatzort für längere Zeit oder überhaupt nicht zu verlassen, genutzt werden. Bisher musste beispielsweise auf öffentliche oder angemietete Toiletten zurückgegriffen werden. Der Minister betonte, dass er hierbei oft natürlich nicht möglich ist, den Einsatzort für längere Zeit oder überhaupt nicht zu verlassen, genutzt werden. Bisher musste beispielsweise auf öffentliche oder angemietete Toiletten zurückgegriffen werden.

Das Fahrzeug verfügt über zahlreiche Extras. Auf dem Dach befindet

det sich eine Solaranlage, die optional auch durch ein im Innenraum des Fahrzeuges befindliches Notstromaggregat beziehungsweise eine separate Strom-versorgung von außen ersetzt werden kann. Ein Photovoltaik-Modul speist Strom in Turbobatterien ein. Ein Frischwassertank mit einem Fassungsvermögen von 2000 Litern gehört ebenso zur Ausstattung. Außerdem gibt es zwei Abwassertanks, die über jeweils 1250 Liter verfügen. Das Dieselfahrzeug ist Automatik-betrieben. Ein Vollluftwerk ermöglicht den Einsatz auch auf unebenem Gelände. Die Wasserversorgung kann über den Wasserwerfer, Hydranten oder jegliche andere Wasserversorgung erfolgen. Hierzu gibt es unterschiedliche Adapter im Fahrzeug.

Die Gesamtlänge beträgt 9,55m und mit einer Höhe von 3,55m kann es die meisten Brücken ungehindert passieren. Als Extra-Feature wurde ein Kamera-basiertes Totwinkel-System integriert, das Abbiegeunfällen vorbeugen soll. An den Seiten sind Magnetplatten mit der Aufschrift Polizei montiert, die abnehmbar sind. Die Signalanlage ist verdeckt.

Im Innenraum befinden sich eine Toilette und drei Urinale für die männlichen Kollegen. Die Frauenseite verfügt über drei Toiletten. In allen Bereichen sind Handwaschbecken und entsprechende Desinfektionsmöglichkeiten vorhanden. Für die Sauberkeit des Fahrzeuges soll in regelmäßigen Abständen eine Firma sorgen, die bisher schon bei der Be-

reitschaftspolizei in diesem Bereich tätig ist.

Warum die zeitliche Verzögerung?

Ursächlich waren neben Liefer-schwierigkeiten durch den Hersteller auch einige Mängel, die nicht den arbeitsschutzrechtlichen Standards entsprachen und im Vorfeld behoben werden mussten, damit das Fahrzeug in einwandfreiem Zustand übergeben werden konnte. Zudem verzögerten gemäß Innenministerium die zwischenzeitlich hoch komplexen Ausschreibungsverfahren eine schnellere Auslieferung. Die erste Ausschreibung gelang nicht. Das lag daran, dass der finanzielle Rahmen für das Fahrzeug einen bestimmten Schwellenwert überschreitet. Hierdurch musste noch einmal ein europäisches Ausschreibungsverfahren angestrengt werden. Auch der Zulieferer gehört zu den wenigen Anbietern, die solche Sonderanfertigungen produzieren. Der Thüringer „ToiKw“ ging als Einzelanfertigung über das Band.

Sind die Kosten gestiegen?

Nein. Der Innenminister erklärte im Interview, dass die Kosten mit 250.000 Euro netto zu Buche schlagen. Das entspräche den im Haushalt eingestellten Mitteln in Höhe von 308.000 Euro brutto, bei denen eine Vertragsstrafe gegen den Hersteller wegen Lieferverzuges bereits in Abzug gekommen sei. Somit wurde das vorgegebene Budget eingehalten.



Der Toiletten-Kraftwagen



PD Robert Schmidt, Minister Georg Maier und PP Frank-Michael Schwarz (v. l. n. r.) bei der Übergabe.

Fotos: GS



DGB veröffentlicht Besoldungsreport

Berlin (wg). Anfang März, und damit zum Abschluss der Tarifverhandlungen, hat der DGB den Besoldungsreport 2019 herausgebracht. Gravierend stellen sich die Unterschiede zwischen der Besoldung der Bundesländer dar. Dabei kann der Differenzbetrag zwischen den Bundesländern mehrere Tausend Euro pro Jahr betragen.

Diese Entwicklung im öffentlichen Dienst nimmt der DGB in seinem aktuellen Besoldungsreport „Besoldungspolitik – Quo vadis?“ in den Blick und legt zudem die deutschlandweiten Unterschiede bei der Jahresbruttoalimentation zwischen den Dienstherren offen. So bekommt ein neu verbeamteter Polizeimeister (A 7) in Niedersachsen jährlich über 2660 Euro weniger und ein gleicher Thüringer Beamter über 2018 Euro weniger als vergleichbare Beamte/-innen in Bayern. Auch im gehobenen Dienst sind die Unterschiede enorm. In der Endstufe des Endamtes (A 13) verdient ein Beamter in Thüringen jährlich über 5231 Euro weniger als ein vergleichbarer Beamter bei der Bundespolizei, welcher z. B. am Standort Erfurt eingesetzt sein könnte und damit der

Arbeitsort ebenfalls gleich sein könnte. Die Zahlen zeigen deutlich: Den selbstverschuldeten Besoldungsrückstand können einzelne Länder nur mit einer enormen finanziellen Kraftanstrengung bewältigen. Nur so können sie im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs bestehen.

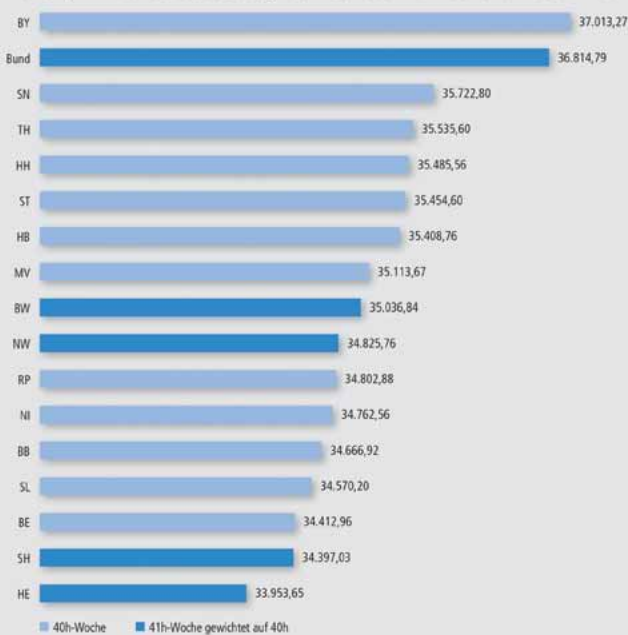
Statistik ist jedoch nicht alles. Es soll ja Bundesländer geben, die gar keine oder nur noch wenige Polizeibeamte/-innen im mittleren Dienst haben. Es soll auch Bundesländer geben, in denen die Stellenplanobergrenzen deutlich günstiger sind als in Thüringen. Beamte in anderen Bundesländern haben also die höheren Ämter als ihre Thüringer Kolleginnen und Kollegen, wodurch sich der überdurchschnittliche Rang im Besoldungsvergleich nochmal deutlich relativiert. Da der Anteil des mittleren Dienstes durch die Einstellungspraxis der letzten Jahre nochmal deutlich gestiegen ist, hat Thüringen seinen letzten Platz im Vergleich der Laufbahn- und Stellenanteile sogar noch gefestigt. Daran hat sich auch unter Rot-Rot-Grün nichts geändert, auch wenn der Zustand ursprünglich von der CDU verschuldet wurde. Der DGB mit seiner Mitglieds-

gewerkschaft GdP fordert daher: „Besoldung für Beamtinnen und Beamte jetzt anheben!“

Die am 2. März gefundene Tarifeinigung für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder ist zugleich der Auftakt für die Besoldungsrunde für die Beamten/-innen von Ländern und Kommunen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes erwarten, dass auch die Beamten/-innen und Versorgungsempfänger/-innen der Länder an der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse teilhaben. Ihre Bezüge sind daher entsprechend des Gesamtvolumens der Tarifeinigung anzupassen. Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden.

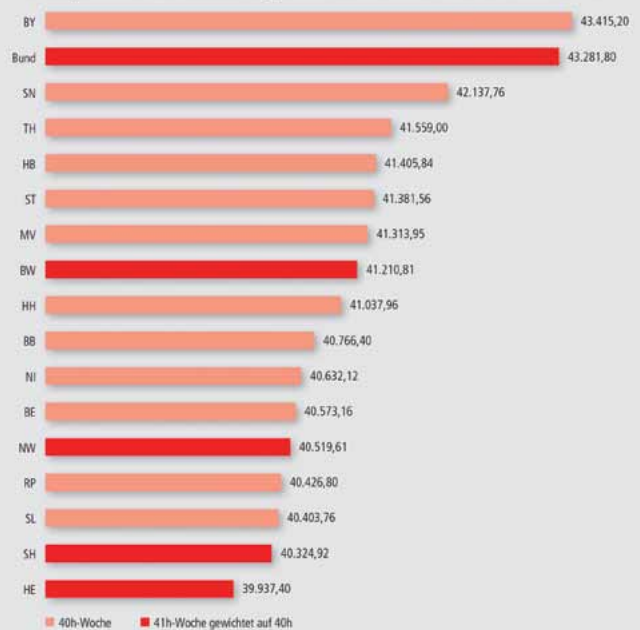
Es ist damit eine Pflicht, ohne jegliche Abzüge das erzielte Tarifergebnis für die Angestellten der Länder zeit- und wirkungsgleich auf ihre Beamtenschaft zu übertragen. Um die entstandenen Lücken im Vergleich zu Bayern oder dem Bund zu schließen, muss deutlich mehr Geld in die Hand genommen werden. Das geht nur, indem die Besoldungspolitik nach Kassenlage endlich gestoppt wird.

Abbildung 7: A 7-Jahresbruttobesoldung 2019 Endstufe bei Annahme einer 40h-Woche in Euro*



* Summe aus jährl. Grundgehalt in der Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung(en), eigene Berechnungen. Stand: März 2019. Quelle: DGB, CC BY-ND 4.0

Abbildung 9: A 9-Jahresbruttobesoldung 2019 Endstufe bei Annahme einer 40h-Woche in Euro*



* Summe aus jährl. Grundgehalt in der Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung(en), eigene Berechnungen. Stand: März 2019. Quelle: DGB, CC BY-ND 4.0



ARBEITSSCHUTZ

Symposium bei der BAuA in Dortmund

Dortmund (ct). Arbeitsschutz geht alle an – und wer denkt hierbei nicht sofort an die Kurzfilme des Staplerfahrers Klaus und dessen Beteiligung an Arbeitsunfällen? Der Einladung des Bundesvorstands der GdP folgend, ließen es sich zwei Mitglieder des Vorstands der Jungen Gruppe Thüringen nicht nehmen, am 27. und 28. März 2019 dem 6. Arbeitsschutzsymposium in Dortmund teilzunehmen.

Das Symposium fand in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) statt, zu welcher auch die Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA) gehört. Das Motto dieser lautet „Mensch – Arbeit – Gesundheit“, wie gemacht für unser Symposium. Schätzungsweise 60 Teilnehmer fanden sich in den Räumlichkeiten ein, zumeist junge Kolleginnen und Kollegen.

Begrüßungsworte wurden von Dr. Armin Windel von der BAuA und unserem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow ausgerichtet. Es folgte eine Einführung und Zielstellung durch den stellvertretenden Bundesjugendvorsitzenden Martin Meisen (Bundespolizei). Es sollten vor allem junge Kolleginnen und Kollegen auf das Thema Arbeitsschutz aufmerksam gemacht werden, auch wenn diese aufgrund des jungen Alters vermeintlich eher weniger betroffen sind.

Anschließend gab Marcus Starzinger (Leiter Bildung und Vermittlung der DASA) einen Überblick über die Systematik des Arbeitsschutzes, der richtigerweise Arbeitnehmerschutz heißen müsste. Interessante Statistik: Von ca. 82 Millionen Einwohnern sind ca. 41,6 Millionen in einem Arbeitsverhältnis. Der demografische Wandel schlägt sich auch hier zu Buche: Ein Drittel der Beschäftigten ist 50 Jahre oder älter, Tendenz steigend. Im Jahr 2017 vermeldete die BAuA ca. 950 000 meldepflichtige Arbeitsunfälle, von denen 564 tödlich endeten, sowie ca. 193 000 meldepflichtige Wegeunfälle, von denen 286 einen tödlichen Verlauf nahmen. Insgesamt also ungefähr 1 143 000 Unfälle mit 850 Todesopfern. Jeder Einzelne ist natürlich einer zu viel!

Unter Arbeitsunfälle fallen natürlich nicht nur körperliche Schäden nach einem Einzelunfall. Viele erleiden aufgrund der Dauerbelastung Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen (HKE). In Vergangenheit wurden immer mehr psychische Erkrankungen (z. B. Burn-out) gemeldet.

Nach dem Vortrag gab es einen zweistündigen Rundgang durch die Ausstellungsräume der DASA, welche Einblicke in die verschiedenen Arbeitswelten und -bereiche sowohl in der industriellen Revolution mit schlechtesten Arbeitsbedingungen als auch zu heutiger Zeit präsentierte. Am Abend folgte ein „Come Together“ mit Abendessen in der DASA.

Am zweiten Tag ging es direkt in drei Arbeitsgruppen, „Digitalisierung des Polizei-Arbeitsplatzes“, „Gesunde Arbeitszeitmodelle in der Polizei“ und „Psychische Belastungen am Polizei-Arbeitsplatz“. Wir Thüringer verteilten uns auf die Gruppen Digitalisierung und psychische Belastungen. Hier wurde jeweils der Ist-Stand und die Möglichkeiten für eine bessere Zukunft am Arbeitsplatz diskutiert. Erfreulicherweise fand hier sogar die Mitarbeiterbefragung der GdP Thüringen „Gesunde Arbeit – GdP schafft Fakten!“ aus dem Jahr 2018 Einfluss in die Thematik. Eine für uns wichtige Botschaft war, dass das Führungsverhalten der Vorgesetzten der Schlüsselfaktor zur Zufriedenheit, Leistung, Wohlbefinden und Gesundheit der Beschäftigten ist, was das Ergebnis einer BAuA-Studie „Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt“ ist.

Anschließend wurden die Ergebnisse präsentiert. Auffallend, aber nicht überraschend: Bundesweit werden in der Polizei Digitalisierung, Arbeitszeitmodelle und Belastungen völlig unterschiedlich gehandhabt. Jede Veränderung des Arbeitszeitmodells beispielsweise führt dazu, dass man einen nicht unerheblichen Teil der Belegschaft vor den Kopf stößt. Man kann es nicht al-

len recht machen. Manche schwören auf den zwölf-Stunden-Rhythmus, andere wollen öfter acht oder zehn Stunden arbeiten. Letztlich wird sich Wechselschichtdienst immer ungesund auf den Körper auswirken, man kann aber dessen schädliche Auswirkungen verringern.

In einer gemeinsamen Abschlussdiskussion („Fish Bowl“) mit Experten der BAuA wurde ein Blick in die Zukunft und auf allgemeine Fragen geworfen. Als Moderatoren manövierten Hagen Husgen und Dietmar Schilff (beide geschäftsführender Bundesvorstand GdP) durch die Fragen und Denkanstöße der Kolleginnen und Kollegen. Natürlich kam man auch auf das unausweichliche Thema Personalmangel zu sprechen. Alle Studien zu gesunder Arbeit nützen nichts, wenn sich ein gesundes Arbeitszeitmodell personell nicht umsetzen lässt oder Pausen- und Ruhezeiten nicht eingehalten werden können. Ein Kollege bezeichnete „Personalmangel“ nicht zu Unrecht als „Unwort des Jahres“.

Die Abschlussdiskussion drängte auf eine gemeinsame Zielsetzung. Als Grundgedanken wurden festgehalten, sich für eine 37-Stunden-Arbeitswoche im Bereich Schicht-/Wechsel-/Schwerpunktdienst, für eine Nichterreichbarkeitszeit sowie für die Schaffung einer den Aufgaben und Besonderheiten des Polizeiberufs angepassten Personaldecke einzusetzen. Das ist weder zu viel verlangt noch unerreichbar! Schließlich hat der Dienstherr eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten – und die endet nun mal nicht beim pünktlichen Überweisen des monatlichen Solds.

Der Landesjugendvorstand



Eröffnung des Symposiums

Foto: CT



Woher kommt unser Essen (II)

Heichelheim (eg). Die Senioren der Kreisgruppe Jena besuchten am 27. März 2019 die Thüringer Klob-Welt in Heichelheim.

35 Senioren interessierten sich diesmal besonders für die Kartoffel und was daraus alles hergestellt wird.

Thüringen gehört zu den traditionellen Kartoffelanbaugebieten in Deutschland. Nachweislich hat Herzog Ernst August I. von Sachsen-Weimar auf seinem Kammergut Heichelheim bereits 1739 Kartoffeln anbauen lassen. Mitte der 60er-Jahre wuchs in der DDR der Bedarf für geschälte Kartoffeln und Kartoffelprodukte. 1972 begann deshalb in Heichelheim die Produktion von Klobmasse. 1976 wurde eine zwischenbetriebliche Einrichtung (ZBE) Verarbeitung gegründet und Klobmasse auch für den Einzelhandel hergestellt.

Im Zuge der politischen Wende erfolgte 1991 die Umwandlung der ZBE in eine Absatz- und Liefer-GmbH (ALBIG). Ab 1992 wurden Kartoffelpuffer als Tiefkühlware angeboten, 1993 folgten fertig geformte Thüringer Klöße. Da ab dem Frühjahr keine Kartoffeln mehr verarbeitet werden können, wurde Tiefkühlgemüse ins Sortiment aufgenommen, um ganzjährig produzieren zu können. Seit 2004 wird zudem Hexen-Eis produziert. Auf den Verpackungen der Kartoffelprodukte erhält man auch genaue Herkunftangaben für die Produkte, wie Landwirt, Feld und Kartoffelsorte. Mit wachsender Produktion mussten

die Anlagen erweitert werden und ein Werksverkauf wurde vor Ort eingerichtet. Dieser hat sich inzwischen zur „Thüringer Klob-Welt“ entwickelt und bietet neben Einkaufsmöglichkeiten für Heichelheimer Kartoffel- und andere Produkte eine Kindererlebniswelt, ein Fahrzeugmuseum und ein Klob-Museum.

Marlene Pilz und Jörg Richter bewirteten die Teilnehmer. Frau Pilz führte in die Historie ein und anschließend auch durch die beiden Teile des Museums. Ihre humoristische Art des Vortrages lies die Veranstaltung nie steif oder langweilig werden. Sie betreut immer noch gerne Besuchergruppen, obwohl sie aufgrund ihres Alters dies eigentlich nicht mehr müsste, sie ist selbst schon Seniorin. Aus hygienischen Gründen ist eine Besichtigung der Produktionsanlagen leider nicht möglich, die Firma ABLIG hat aber ein sehr informatives Video produzieren lassen, bei dem kaum Fragen offenbleiben.

Das Fahrzeugmuseum hat als Sammelschwerpunkt Kraftfahrzeuge, die zu DDR-Zeiten in Thüringen produziert wurden. Die Palette reicht von Simson über Barkas bis EMW und Wartburg. Viele Senioren konnten sich noch gut an die Fahrzeuge erinnern, waren sie doch dienstlich und privat in der DDR allgegenwärtig. Manche Anekdote kam zum Vorschein und wurde gern zum Besten gegeben. Die Strumpfhose als Keilriemenersatz dürfte den allermeisten ehemaligen DDR-Bürgern noch ein Begriff sein.

Der zweite Teil der Ausstellung widmet sich speziell den Thüringer Klößen. Kartoffelroder, Kartoffelsortiermaschinen und Zentrifugen stehen für Ernte und Verarbeitung von Kartoffeln. Küchenmaschinen, Kartoffelpressen und andere Utensilien bis hin zum Klobquirl stehen für die Klobherstellung. Wer erinnert sich nicht an die KM 8, die TS 66 oder die Malina, alles Maschinen, die sich in den meisten Haushalten fanden. An der Wand ist dann auch ein Ausspruch von Heimatsänger Herbert Roth zu lesen, der festgestellt hatte: „Ein Sonntag ohne Thüringer Klöße verlöre viel von seiner Größe“.

Nach der Besichtigung des Museums nutzen die Besucher die Möglichkeit, Heichelheimer Klöße mit Roulade, mit Gulasch oder einfach nur mit Soße und Rotkohl zu genießen. Der Werksverkauf wurde auch gut angenommen und so wurde in manchem Seniorenhaushalt die Versorgung kommender Tage gesichert. Nach dem Fleisch wissen die Senioren nun auch, woher ein Thüringer Grundnahrungsmittel, der Klob, kommt und wie er hergestellt wird.



Marlene Pilz (l.) erläutert das Unternehmen



Großes Interesse für die Ausstellung

Fotos: EG



JUNGE GRUPPE

Dienstoffahrrad als Alternative

Hunderte Arbeitgeber in ganz Deutschland nutzen sie bereits, die Chance, den eigenen Mitarbeitern kostengünstig ein Fahrrad zur Verfügung zu stellen. Darunter sind namhafte Unternehmen wie Bosch, Canon, Rothaus, die GLS Bank oder die Deutsche Bahn.

Dienstoffahrrad, damit ist nicht das Fahrrad gemeint, womit ein Polizeibeamter eine dienstliche Fahrradstreife ausführt, sondern das Fahrrad, welches man vom Arbeitgeber zur freien Nutzung gestellt bekommt.

Wie funktioniert das? Schaut man sich im Netz unter „Dienstoffahrrad“, „Jobbike“ oder „Jobrad“ um, wird man fündig. Was für die meisten neu sein dürfte, gibt es tatsächlich schon seit mehreren Jahren und ist teils sehr verbreitet. Die Idee dahinter ist simpel.

Dank einer gesetzlichen Veränderung wurde das Dienstoffahrrad dem Firmenwagen steuerlich gleichgesetzt und wird seither ähnlich behandelt. Daraus ergeben sich für den Nutzer bzw. den Arbeitnehmer des Dienstoffahrrads folgende Vorteile:

- Steuervorteil von bis zu 30 Prozent im Vergleich zum herkömmlichen Kauf, da die Leasingrate des Fahrrads mit dem Bruttolohn verrechnet wird,
- aufgrund der 36-monatigen Leasinglaufzeit muss das Fahrrad nicht sofort im Radgeschäft bezahlt werden,

- mit Laufzeitende steht es dem Nutzer frei, sich ein neues Fahrrad zu leasen, den Vertrag zu beenden oder sein gebrauchtes Fahrrad zu erwerben,
- freie Fahrrad- und Markenwahl (Mountainbike, Crossrad, E-Bike usw.) bei teilnehmenden Radgeschäften und jetzt kommt's:
- das Fahrrad kann neben der beruflichen Nutzung privat unbegrenzt genutzt werden.

In der Summe sind das einige gute Gründe, um ein Dienstoffahrrad zu nutzen. Neben dem finanziellen Vorteil kann jeder durch das Radeln zur und von der Arbeitsstätte seinen eigenen Beitrag für die Umwelt leisten, spart sich Spritkosten, die Standzeit in der Rushhour und die Parkplatzsuche. Einen weiteren Mehrwert bringt die sportliche Betätigung des Dienstoffahrradnutzers.

Der Arbeitgeber kann sich durch das Angebot auf zufriedene Mitarbeiter freuen und sich auf die Fahne schreiben, etwas zur Gesundheit der Mitarbeiter und zur Umweltschonung beigetragen zu haben. Es ist lediglich vorzuziehen, dass der Arbeitgeber einen Rahmenvertrag

mit einem Dienstleister für die Dienstoffahrräder abschließt. Für den Arbeitgeber ergeben sich hierbei keinerlei finanzielle Unkosten oder Nachteile.

Teilnehmende Fahrradgeschäfte gibt es viele. Allein in Erfurt sind ungefähr ein Dutzend Fachgeschäfte ausgewiesen. Thüringenweit sind flächendeckend und in jeder größeren Stadt mehrere Partnergeschäfte gelistet. Einer Nutzung steht quasi überhaupt nichts im Wege.

Das Dienstoffahrrad ist somit auch eine Möglichkeit, die die Thüringer Ministerien und Behörden künftig für ihre Mitarbeiter in Betracht ziehen sollten. Die Arbeitnehmer würde es freuen! Die Junge Gruppe der GdP fordert das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) auf, für die Beschäftigten der Thüringer Polizei einen solchen Rahmenvertrag zu schließen.

Der Landesjugendvorstand



Wie viele Fahrräder vor der Dienststelle stehen hängt auch vom Dienstherrn ab.

Foto: EG

FORUM

Zum Thema Arbeitsschutz schreibt ein Leser aus Nordthüringen:

Vom Arbeitsschutzbeauftragten der LPI Nordhausen wurden neulich für unsere Multifunktionalkräfte/Logistiker Entgeltgruppe E 3 neue Arbeitsschutzbekleidung (Schuhe und T-Shirts) sowie für die Poststelle Arbeitsschutzwesten bestellt.

Was lange währt wird endlich gut, in Klammern denkste, so dumm und naiv kann ein normaler Mensch ja gar nicht denken. Prompt kamen Arbeitsschutzschuhe vom Bekleidungshaus. Ja die Freude hielt nur leider nicht lange an! Nachdem man sie austeilen wollte, musste man mit Verwunderung feststellen, dass sie ja schon getragen waren. „Autsch“, was war das denn jetzt, „ein Versehen?“, oh nein, pure Absicht,

sie wurden für tauglich erklärt. Dann noch die bestellten T-Shirts, für jeden Logistiker genau eins, nein nicht zwei zwecks Waschens und so. Traurig!

Dann die Westen für die Poststelle, die Beschäftigten transportieren nicht nur Briefe und tragen sie ein, nein, sie tauschen in der Tiefgarage die gesamte Dienstoffpost aus allen Dienststellen und wir selbst haben fünf an der Zahl vor Ort. Da kommen nicht nur Briefe zusammen, sondern auch Asservate für die Staatsanwaltschaft, Pakete vom LKA/Spurensicherung und die sind oft nicht ordentlich verpackt. Da kann man mit einer neu gekauften Bluse schon mal hängenbleiben oder sich beschmieren. Aber macht ja nix, denn falls jemand denkt, man bekommt was über den Dienstherrn ersetzt, der denkt

in die falsche Richtung. Trotz Fotodokumentation, schriftlichen Antrag usw. hat man es in der LPD geschafft, über ein Jahr nicht zu antworten. Und dann nach über einem Jahr wollte man den Kassenbon als Beweis, dass die Bluse neu gekauft war. Fazit ist doch zum Schluss: „Arbeiten kann man für drei, denn so ist es mittlerweile in den Dienststellen, aber weh es passiert dir was, dann sträubt sich der Dienstherr mal etwas für dich zu tun“. Was für eine Wertschätzung! Wo soll das alles noch enden? Arbeitengehen macht bei solchen Einstellungen der Vorgesetzten bestimmt kein Spaß mehr und das sollte es doch tun, ODER? Die Achtung des Menschen geht hier verloren! (Anm. d. Red.: Verfasser ist der Redaktion bekannt)





Gesundheitsmanagement in ...

... Sachsen-Anhalt

Gesundheitsmanagement in der Polizei (GiP) wurde im Jahr 2003 unter Federführung des MI eingeführt. Das Projekt möchte durch zielgerichtete Maßnahmen die Dienstabläufe, die Organisation und das Verhalten am Arbeitsplatz gesundheitsförderlich gestalten.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Gesundheitszustand, das Wohlbefinden und die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten langfristig zu erhalten, zu verbessern und eine damit verbundene Senkung des Krankenstandes zu erreichen.

Anlass zur Einrichtung des Projektes waren die zuvor gewonnenen alarmierenden Erkenntnisse über hohe Krankenstände, die zunehmende Zahl von nur noch eingeschränkt dienstfähigen Polizeivollzugsbeamten, der Anstieg der vorzeitigen Pensionierungen wegen Polizeidienstunfähigkeit, Besonderheiten im Krankheitsgeschehen, das hohe Dienstanfallaufkommen sowie das in den nächsten Jahren steigende Durchschnittsalter der Beschäftigten.

Für die erfolgreiche Verwirklichung dieser Zielsetzung, sind die Leistungsfähigkeit und Gesundheit der Beschäftigten, ihre Arbeitsmotivation in einem angenehmen Betriebsklima sowie Qualifikation und Reformbereitschaft eine unabdingbare Voraussetzung. Beschäftigte sowie der Dienstherr haben hier ein gemeinsames Interesse.

Soweit zur theoretischen Abhandlung.

Praktisch tagt der Arbeitskreis „GiP“ regelmäßig und stellt immer fest, dass Gesundheitsvorsorge Geld und Personal kostet.

Beides wurde bisher nie wirklich bereitgestellt. Lediglich in der PI Halle wurde etwas getan, der Rest veranstaltet Alibiveranstaltungen. Bei den Betroffenen, unseren Polizeivollzugsbeamten, ist vom „GiP“ nichts zu spüren. Die Polizeiverwaltung ist das „Stiefkind“ im GiP. Ein erfolgversprechendes Pilotprojekt wird leider nicht weiterverfolgt.

Zusammenfassung: GiP – Ein Trauerspiel in Sachsen-Anhalt

... Thüringen

Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM) in der Thüringer Polizei, dies scheint der Titel zu einer unendlichen Geschichte zu sein. Über Jahre schlummerte ein Entwurf zur Installation eines BGM für die Thüringer Polizei in einem Schreibtisch der Polizeiabteilung des Thüringer Innenministeriums. Im Jahre 2017 hat die GdP Thüringen die Beschäftigten der Thüringer Polizei zu ihrem Befinden befragt und das Ergebnis dieser Befragung ist erschreckend. Die GdP Thüringen hat in einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem Thüringer Innenminister Georg Maier festgestellt, dass es eigentlich schon kurz nach zwölf ist, um endlich etwas für die Gesunderhaltung unser Kollegen/-innen zu tun.

Jetzt, ein Jahr nach dieser Pressekonferenz, ja die Mühlen im öffentlichen Dienst malen wirklich langsam, wurde eine Stabsstelle zum BGM eingerichtet. Die GdP wird in dieser Stabsstelle vertreten sein. Bis Ergebnisse aus der Stabsstelle vorliegen, wird es womöglich aber wieder dauern. Aus Sicht der GdP Thüringen ist ein sofortiges Handeln notwendig. Die psychologische Betreuung, eben nicht erst im Falle einer Erkrankung, sondern als präventive Maßnahme eines BGM, muss sofort wiederbelebt werden. Es ist selbsterklärend, dass nur ein personell und fachlich gut ausgestatteter „Polizeipsychologischer Dienst“ mehr als 7000 Beschäftigte betreuen kann. Es ist genauso unabdingbar, den Polizeiarztlichen Dienst und den Bereich der Arbeitsmedizin personell auf gesunde Beine zu stellen. Da der demografische Wandel auch an der Thüringer Polizei nicht spurlos vorbeigeht, hier gibt es Dienststellen, in denen das Durchschnittsalter der Beschäftigten bei deutlich über vierzig Jahren liegt, muss alles dafür getan werden, die Polizei arbeitsfähig zu halten. Dafür muss jetzt ein BGM, orientiert an den Bedürfnissen der Beschäftigten, geschaffen werden.

Kai Christ

... Sachsen

„Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM)“ in der Polizei des Freistaates Sachsen ist ein Gesamtsystem, bestehend aus den Handlungsfeldern Organisationsentwicklung und Behördenkultur, Personalmanagement und -entwicklung, Betriebliche Gesundheitsförderung sowie Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, zum Wohle der Gesundheit und dem Erhalt der Leistungsfähigkeit von Bediensteten.

Im Rahmen der „Betrieblichen Gesundheitsförderung“ steht den Bediensteten der sächsischen Polizei eine Vielzahl präventiver Maßnahmen zur Verfügung. Es werden überwiegend Maßnahmen der Themenfelder Sport und Bewegung, Ernährung, organisations- und personenbezogene Führung sowie Stressbewältigung angeboten. Diese Angebote führen auf individueller Ebene zu einer Stärkung des Gesundheitsbewusstseins bzw. -verständnisses und auf behördlicher Ebene zur Senkung der Gesundheitskosten und Fehlzeiten.

Um weitere positive Effekte zu erzielen, beschäftigt sich das Gesundheitsmanagement derzeit mit folgenden Schwerpunkten:

- Netzwerkaufbau und Netzwerkpflge,
- Entwicklung einer „BGM-Kommunikationsstrategie“ nach innen,
- Mitwirkung bei der Implementierung von neuen gesundheitsfördernden Strukturen.

Mit der Einstellung weiterer Gesundheitsmanager/-innen wird ein kontinuierlicher Prozess (weiter)entwickelt, der sich mit der Analyse, Planung, Umsetzung und Evaluation der Handlungsfelder und Schwerpunkte des „Behördlichen Gesundheitsmanagements der Polizei des Freistaates Sachsen“ in den Dienststellen und der PolFH beschäftigt.

Matthias Büschel

